Nr. 152. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 31. März 1898.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem Reiche.

Auf eine Glückwunsch-Depesche, welche der Norddeutsche Lloyd dem **Kaiser** anläßlich der Annahme des Flottengesetzes gesandt hat, ist folgende Antwort des Kaisers eingegangen: „Ich danke Ihnen für den freundlichen Glückwunsch! Der beste Lohn für mein Streben ist das richtige Verständniß der Nation für meine weiß' Gott redliche Arbeit zum Wohle des Vaterlandes; möchte die fortschreitende Erkenntniß seiner Aufgaben jenseits des Weltmeeres auch dem Norddeutschen Lloyd zum Vortheil gereichen. Wilhelm II. R." — Die **große Frühjahrs-Parade** für die Berliner Garnison wird in diesem Jahre mit Rücksicht auf das ungewöhnlich früh fallende Pfingstfest schon am 26. Mai stattfinden. Zur Parade wird außer dem König von Sachsen auch noch anderer hoher Besuch erwartet. Auch sollen diesmal, wie verlautet, einige interessante Exerzitien der Luftballon-Abtheilung beabsichtigt sein. Die Parade für die Potsdamer Garnison findet am Freitag, den 27. Mai, auf dem Bornstädter Felde in Potsdam statt. — Wie aus Nizza gemeldet wird, ist die Operation des **Herzogs von Koburg** ernster, als gemeldet wurde. Der Auswuchs erforderte einen inneren Eingriff, eine Nieren-Operation, die äußerst schmerzlich war. Das Befinden des Herzogs ist gut; er ist auch fieberfrei. — Im Reichstagsgebäude trat gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten eine Reihe von Abgeordneten aus allen politischen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, zusammen, um über die **Errichtung eines Moltke-Denkmals** in der Reichshauptstadt zu berathen. Das erfreuliche Ergebniß war, daß man die Anregung allseitig freudig begrüßte und es für erwünscht hielt, bis zum 26. Oktober 1900, dem 100jährigen Geburtstage des großen Strategen, wenigstens den Grundstein zum Denkmal legen zu können. Die Anwesenden traten zu einem provisorischen Komitee zusammen, das während der parlamentarischen Ferien Vorschläge zur Bildung eines großen Komitees in Erwägung ziehen soll, um dann nach Ostern energisch die Vorbereitungen und Sammlungen in die Hand zu nehmen. Zum Geschäftsführer wurde der Abgeordnete Dr. Paasche, Berlin NW., Sigmundshof 20, gewählt, an den von Freunden der Sache etwaige Mittheilungen und Wünsche aus dem Lande zu richten sind. — Am 25. April feiert **Hofrath Professor Dr. Julius Große** in Weimar, Generalsekretär der Schillerstiftung, seinen 70. Geburtstag. — Der **Geh. Ober-Regierungsrath Spinola** feiert am Freitag, den 1. April, sein 25jähriges Jubiläum als Verwaltungsdirektor der königlichen Charitee in Berlin. — Die Stelle des **ersten Bürgermeisters von Charlottenburg** soll mit dem Anfangsgehalt von 16 500 Mark ausgeschrieben werden. — In Braunschweig ist der **General-Major z. D. Felix Gerhards** verstorben, der bei den technischen Instituten der Artillerie lange Jahre hervorragende Dienste geleistet hat. — Mit dem in Harburg am 26. März im 96. Lebensjahre gestorbenen **Generalsuperintendenten Dr. Goeschen** ist der letzte Turnschüler Jahns verschieden. — Die **Ansiedelungskommission** hat das 4000 Morgen große Gut Blandau, Kreis Kulm, angekauft.

Spanien—Amerika.

Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Washington gemeldet, Präsident McKinley bestehe auf seinen ursprünglichen Forderungen, nämlich sofortige Einstellung der Feindseligkeiten auf Kuba und Befreiung der „Reconcentrados". Wenn Spanien diese Forderungen zurückweise, werde McKinley die Angelegenheit sofort dem Kongreß unterbreiten. Ein Vorschlag, der Spanien gemacht worden sei, aber noch nicht die Form einer offiziellen Forderung angenommen habe, gehe dahin, Spanien solle seine Truppen von Kuba zurückziehen und gegen Zahlung einer Entschädigung den Kubanern die Unabhängigkeit gewähren. Dem Vernehmen nach soll von dem Gesandten Woodford in der vergangenen Nacht in Washington eine Depesche eingelaufen sein, welche das Wort „angenommen" enthalte. Man wisse aber nicht, ob die Depesche sich auf alle amerikanischen Forderungen, oder nur auf die Befreiung der „Reconcentrados" und den Versuch eines Waffenstillstandes bezieht. — Die Nachrichten verdienen jedenfalls mit einiger Vorsicht aufgenommen zu werden. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der ruhige und friedliebende McKinley den Spaniern eine Forderung, wie die Zurückziehung der spanischen Truppen von Kuba gestellt haben sollte, die von vornherein als unannehmbar zu gelten hat!

Washington, 30. März. Der Ausschuß des Senates für die auswärtigen Angelegenheiten gelangte heute nicht zu einer Einigung betreffend die zu der kubanischen Frage eingebrachten Resolutionen. Dieselben wurden vielmehr sämtlich einem Unterausschusse überwiesen. Der Ausschuß vertagte sich sodann.

Madrid, 30. März. Gerüchtweise verlautet, Amerika fordere hundert Millionen Franks in Gold für die „Maine"-Sprengung.

Urgemüthliches aus Wien.

Während der Verhandlungen im österreichischen Abgeordnetenhause über die Nothstands-Dringlichkeitsanträge setzte Abg. Schönerer den angekündigten Feldzug gegen die übrigen deutschen Gruppen fort. Er erhielt zur Begründung des von ihm eingebrachten Nothstandsantrages das Wort und benutzte es dazu, um die Vertreter der deutschen Fortschritts- und Volkspartei zu beschuldigen, sie hätten sich bei den Besprechungen mit Gautsch verbindlich gemacht, gegen Gautsch wegen Erlassung der neuen Sprachenverordnungen keine Ministeranklage einzubringen. Deshalb hätten die beiden genannten Parteien seinen Anklageantrag nicht unterschrieben. Groß erwiderte im Namen der Fortschrittspartei, die ganze Behauptung sei vom Anfang bis zum Ende erfunden. Schönerer: „Warum unterschrieben Sie nicht die Ministeranklage? Das ist die Hauptsache!" Gregorig gegen Schönerer: „Der Iro ist die Hauptsache." Wolf gegen Gregorig: „Sie Generalpächter der Dummheit für die ganze Provinz!" Iro: „Christliche Ehrabschneider! Hausknechte!" Im weiteren Sitzungsverlauf antwortete auch Kaiser im Namen der deutschen Volkspartei und sagte: „Was Schönerer vorbrachte, ist nichts anderes als böses Geträtsche. Ich erkläre ihn, so lange er nicht den Beweis für seine Behauptungen vorbringt, als Verleumder!" (Beifallssturm links.) Während Kaiser weitersprach, rief Schönerer fortgesetzt: „Sie haben nicht unterschrieben, alles Andere ist für die Katz. Unterschreiben Sie die Ministeranklage, dann ist alles gut!" Kaiser: „Ich fasse die Gemeinbürgschaft anders auf als Schönerer. Wenn die Nation vor einem so schwierigen Kampfe steht, muß sich jeder unterordnen!" Schönerer: „Wir werden uns nie unterordnen!" Pommer gegen Schönerer: „Gemeinbürgschaft ist nicht Diktatur!" Lemisch zu Schönerer: „Sie haben Urlaub genommen, als die Lage sehr schwierig wurde." Schönerer: „Das verantworte ich vor meinen Wählern." (Lebhafte Rufe links: „Wir verantworten auch, was wir thun!") Schönerer ruft fortwährend: „Unterschreiben Sie!" Stimme links: „Schlafen Sie ihren Rausch aus!" Röhling: „Wie die Slaven lachen!" Kaiser: „Schönerer sucht die Bevölkerung zu verhetzen und etwas für sich herauszuschlagen; elend der Deutsche, der heute Zwietracht sät zwischen den Deutschen!" (Beifallssturm links.) Schönerer setzt seine Rufe fort: „Unterschreiben Sie!" Lueger: „Ich beantrage, die Rettungsgesellschaft zu holen, damit der Herr hinausgeschafft werde." (Heiterkeit.) Iro zur Linken: „Schimpfen haben Sie von Lueger gelernt!" Schönerer: „Ja, das haben Sie von Ihren Lehrmeistern Gregorig, Lueger und dem übrigen Gesindel!" Nach Kaiser sagte der Schönerianer Türk: „Ich bat Kaiser, den Anklageantrag Schönerer zu unterschreiben, einmal der Sache wegen, damit dann Schönerer einmal Gelegenheit habe, in wichtigen Angelegenheiten eine große Rede zu halten." (Gelächter.) Bielohlawek: „Pflanzenmacherei!" Wolf: „Der Vertreter Wiener Pöbels!" Bielohlawek zu Wolf: „Sie sind ein Krawallmacher, ein Stänkerer, der durch die Dummheit eines Ministers (Anspielung auf das Duell Badeni-Wolf) berühmt geworden ist, sonst wären sie der allerletzte auf der Welt!" Türk erzählte dann, Kaiser habe die Unterschrift abgelehnt, weil die deutsche Volkspartei gegenüber den Sprachenverordnungen Gautschs nicht auf einem vollständig ablehnenden Standpunkt stehe. Kaiser: „Wer hat denn irgend eine Verbindlichkeit übernommen?" Türk: „Das kommt doch auf eine moralische Verbindlichkeit hinaus". Türk behauptete nun unter lebhaftem Widerspruch der Linken, Kaiser habe den Zwiespalt auf die Spitze getrieben. Hierauf theilte der Schönerianer Kittel mit, Steinwender habe ihm gesagt, sämtliche Gruppen der Opposition hätten den Plänen Gautschs in formeller Beziehung Widerstand entgegengesetzt, in meritorischer Beziehung wären sie einverstanden. Steinwender: „Umgekehrt!" Kittel fortfahrend: Steinwender habe hinzugefügt: Mit der Unterzeichnung der Ministeranklage würden wir uns in Widerspruch mit unserem früheren Vorgehen setzen. (Hört! hört! bei den Schönerianern.) Schönerer: „Und das nennen die Herren „Geträtsche!" Steinwender: „Es ist unwahr, daß wir uns gegenüber Gautsch zu irgend etwas verpflichteten; es ist unwahr, daß wir uns verpflichteten, die Ministeranklage nicht einzubringen. Wenn Schönerer nicht weiß, woher er das hat, so fällt die Verantwortung für diese Lüge auf seinen eigenen Schädel. Ich konstatire, daß Schönerer in einem einzigen Satze vier ausgewachsene Lügen sagte . . ." (Heiterkeit. Beifall links.) Kaiser bezeichnet die Aeußerung Schönerers, daß sich die Opposition verbindlich machte, den Anklageantrag gegen Gautsch nicht einzubringen, als bewußte Lüge. Funke erklärte, die deutsche Fortschrittspartei habe beschlossen, die Ministeranklage gegen Gautsch nicht einzubringen, sie schrecke nicht vor Ministeranklagen zurück, wenn sie begründet sind; die Partei unterwerfe sich aber nicht der Diktatur eines Einzelnen. (Beifall links.) Wolf wirft den Parteien der Linken Mattherzigkeit vor und sagte, Lueger mußte für die Bestätigung als Bürgermeister Wiens versprechen, die Deutschradikalen zu bekämpfen. Bielohlawek: „Sie sind Lügner!" Wolf: „Sie können sagen, daß ich silberne Löffel gestohlen habe, das ist mir so gleichgültig, wie wenn ein Hund bellt." Lueger sagte, die Behauptung, er hätte sich verpflichtet, die Schönerianer zu bekämpfen, sei eine Lüge. Er habe sichs zur Lebensaufgabe gemacht, zwei Menschen zu bekämpfen, die eine Gefahr für Oesterreich bilden: Schönerer und Wolf. Lueger bemerkte noch, Schönerer sollte nach Hause gehen und seinen Rausch ausschlafen. Nachdem noch Schücker hervorgehoben hatte, daß Wolf der Besprechung der deutsch-böhmischen Abgeordneten beigewohnt habe, welche die Annahme des Kompromisses mit den Czechen bezüglich der Delegationswahl beschlossen habe, endigte die peinliche Erörterung.

Deutschland.

Berlin, 31. März. Der Flügeladjutant des Kaisers, Kommandeur des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Oberst von Moltke, hat sich nach St. Petersburg begeben, um dem Kaiser von Rußland im Auftrage des Kaisers Wilhelm zwei Jagdgewehre zu überbringen.

— Zum Jubiläum des Königs Albert von Sachsen am 23. April wird das Eisenbahn-Regiment Nr. 2 die 7. und 8. Kompagnie, welche aus sächsischen Mannschaften bestehen, nach Dresden entsenden, damit sie an der dort stattfindenden Parade theilnehmen, und zwar geht die 7. Kompagnie bereits am 12. April nach Zeithain ab. Dort findet eine sechstägige Uebung statt, deren Aufgabe im Bau einer Rollbahn zwischen Zeithain und Riesa besteht. Vom Uebungsgelände wird die Kompagnie nach Dresden befördert. Die 8. Kompagnie wird von Berlin aus direkt mit der Bahn nach Dresden befördert.

— Großherzog Friedrich von Baden, welcher vom Kaiser à la suite der Marine-Infanterie gestellt wurde, ist der erste Fürst, dem diese Auszeichnung zu Theil geworden ist. Bei der Marine-Infanterie ist bisher noch Niemand à la suite geführt worden, es ist dies bisher nur bei den einzelnen Seebataillonen der Fall gewesen. Bei dem 1. Seebataillon wird Herzog Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und bei dem 2. Seebataillon der Erbgroßherzog von Oldenburg à la suite geführt. Der verstorbene General der Infanterie v. Stosch stand auch nur à la suite des 1. Seebataillons. Mit dem Großherzog von Baden gehören gegenwärtig 12 Fürstlichkeiten der deutschen Marine an, den Kaiser als Chef derselben ausgenommen. Es stehen à la suite der Marine der König von Schweden, der Kaiser von Rußland, der König der Belgier, Erzherzog Karl Stephan von Oesterreich, Herzog Alfred von Sachsen-Koburg, Prinz Ludwig von Italien, Großfürst Alexis Alexandrowitsch von Rußland, Prinz Thomas von Italien und Großfürst Kyrill Wladimirowitsch von Rußland. Zu diesen treten der Großherzog von Baden und die beiden oben genannten à la suite der beiden See-Bataillone stehenden Fürsten. Außer diesen Stellungen giebt es noch solche à la suite des Seeoffizierkorps, zu denen die Admirale Freiherr v. d. Goltz, Hollmann und Batsch gehören, sowie solche à la suite des Marine-Sanitäts-Offizierkorps.

— Die Ernennung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, Admiral Tirpitz, zum preußischen Staatsminister und Mitgliede des preußischen Staatsministeriums, ist der „Nat.-Lib. Korr." zufolge aus der eigensten Initiative des Kaisers erfolgt. Die Korrespondenz bemerkt hierzu: Die etatsrechtliche Seite dieser Rangerhöhung liegt ausschließlich im Reiche; eine Gehaltserhöhung erfolgt nur zugleich mit der vorläufig vom Reichstag zurückgestellten Gehaltserhöhung aller der Staatssekretäre, die zur Zeit noch mit 24 000 Mark besoldet sind. Bedeutsamer ist die staatsrechtliche Seite dieser Ernennung. Von den bisherigen Staatssekretären des Reichsmarineamtes ist Kontreadmiral Tirpitz der erste, der zugleich vollberechtigtes Mitglied des preußischen Staatsministeriums ist. Admiral v. Stosch war zwar auch, als Chef der Admiralität die oberste Spitze des Oberkommandos und der obersten Marineverwaltung vereinigend, Staatsminister, aber ohne im preußischen Staatsministerium eine Stimme zu führen; Admiral Tirpitz hat Sitz und Stimme im preußischen Staatsministerium, genau so wie die Staatssekretäre Graf v. Posadowsky und v. Bülow, die zugleich bei der endgültigen Uebernahme ihres Amtes zu Mitgliedern des Staatsministeriums ernannt worden sind. Insofern ist die Ernennung des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes, zum preußischen Staatsminister wenigstens, was die Traditionen des Reichsmarineamts anlangt, ein Novum.

— Das 50jährige militärische Dienstjubiläum feiert morgen General der Infanterie von Mischke, der eine bevorzugte Stellung bei dem hochseligen Kaiser Friedrich einnahm. Am 1. Juni 1830 geboren, kam Albert Mischke am 1. April 1848 aus dem Kadettenkorps als Sekondelieutenant in das damalige 5. Infanterie-Regiment. Nachdem er längere Zeit bei dem Kronprinzen, mit dem er schon aus frühester Zeit durch eine enge Freundschaft verbunden war, persönliche Dienste gethan, wurde er, am 2. September 1873 zum Oberst befördert, zum Chef des Stabes der 4. Armee-Inspektion ernannt, deren General-Inspekteur der Kronprinz war. Gleichzeitig war er mit Wahrnehmung der Funktionen als Militär-Gouverneur des am 27. März 1879 verstorbenen Prinzen Waldemar, jüngeren Bruders Kaiser Wilhelm's II., beauftragt. Am 13. Mai 1880 zum Generalmajor befördert, trat er 1884 von der Stellung bei der 4. Armeeinspektion zurück und blieb unter den Offizieren von der Armee, denen er schon bisher angehörte, bis er zum Inspekteur der Kriegsschulen ernannt wurde. Am 1. Juni 1885 avancirte er zum Generallieutenant, wurde Mitglied der Ober-Militär-Studien-Kommission und Vorsitzender der Studien-Kommission der Kriegsschulen. Bei seiner Thronbesteigung verlieh ihm Kaiser Friedrich den Adel und ernannte ihn zu seinem Generaladjutanten.

— Ein guter Freund des Fürsten Bismarck ist in dem Bauer August Thürnagel in Fischbeck dahingegangen. Schönhausen und Fischbeck sind die beiden Dörfer jenseit der Elbe, welche zur Altmark gehören. August Thürnagel war ebenso alt wie Fürst Bismarck; er war der weitaus größte und reichste Bauer der Umgegend und hatte mit dem Fürsten Bismarck an demselben Strang gezogen, als ersterer noch Deichhauptmann in Schönhausen war. Fürst Bismarck hat die damaligen Freundschaftsbeweise nie vergessen, und an seinem 80. Geburtstage sprach er seine ganz besondere Freude darüber aus, daß August Thürnagel und noch mehrere altmärkische Bauern, die genau so alt waren wie er, seiner gedacht. August Thürnagel war ein Mann der Selbsthülfe; über die Nothlage der Landwirthschaft hat er nie geklagt.

— Die Direktion der Bismarckhütte widmete dem Fürsten Bismarck zu seinem 84. Geburtstage eine prachtvolle Erinnerungsgabe aus Stahl und Eisen, in der sich oberschlesisches Können, in Hinsicht auf Herstellung des Rohmaterials, mit den Leistungen des Breslauer Kunstgewerbes, in der Formung der Ehrengabe, in vollendeter Weise vereinigt. Unter einem baldachinartigen Ueberbau von rothem Sammt, der durch goldene Fransen und Quasten effektvoll belebt wird, ruht ein blanker Stahlschild in edelster Formung, 1,30 Meter hoch, 1,00 Meter breit, oben und unten in je zwei leicht eingerollte seitlich breite Bänder ausgehend, während die beiden Mittelstücke in 5zackiger Kronenform gehalten sind. Die gesamte Oberfläche des Schildes ist mit reicher Punzirung bedeckt, so weit sie nicht stahlfarbige Eisenfläche zeigt, welche dann, als gefl. Unterbrechung, zahlreiche große Silberknöpfe trägt. Im hellpolirten Mittelkreise des Schildes leuchtet Fürst Bismarcks Wappen, das vergoldete, getriebene Kleeblatt, welches in seinen Zwischenräumen 3 versilberte, gleichfalls in feinster Hämmerung hergestellte Eichenblätter zeigt. Der um das Wappenschild gelegte, versilberte Ring trägt in rother Emailleschrift die Widmung: „Dem besten und größten deutschen Manne in Dankbarkeit und Ehrfurcht dargebracht. Gewidmet von der Bismarckhütte, den 1. April 1898". Um diesen Ring legt sich links, aus feinsten Stahlblechen der Bismarckhütte gearbeitet, ein dichtblättriger Lorbeerzweig in voller Naturschöne, rechts ein reicher Zweig deutscher Steineiche, aus demselben Material sorgsamst hergestellt. Auf der unteren Spitze des Schildes liegt ein silbernes Spruchband mit Bismarcks Wahlspruch eingeätzt: „In trinitate robur". Als Helmzier befindet sich oben auf dem Schilde, gewissermaßen als Krönung des Ganzen, ein reicher Busch von Heide-, Kornblumen, Maréchal Nil-Rosen und Nelken, den Lieblingsblumen Kaiser Wilhelms des Großen, Fürst Bismarcks und der verewigten Fürstin. Dieser Blumenbusch ist mit zartem Frauenhaar und Farrenlaub untermischt und ganz aus Bismarckhütter Stahlblechen gearbeitet und in der Stahlfarbe belassen. Diese Stahlbleche sind eine Spezialität der Bismarckhütte, in welcher der beste Stahl, denn nur dieser läßt sich zu diesem Zweck benutzen, zu so feinen Blechen ausgewalzt wird, daß erst eine Lage von 56 dieser Blechtafeln die Dicke eines Millimeters erreicht. Auch die Stahlplatte des Schildes ist ein Meisterstück der Bismarckhütte. Geformt und punzirt wurde der Stahlschild in der Kunstschlosserei von Gustav Trelenberg, der baldachinartige Ueberbau von Hoflieferanten Gebr. Bauer gearbeitet, und das zierliche Blätterwerk der Eichen- und Lorbeerzweige, sowie das als Helmzier dienende Blumenbouquet wurde im Atelier der Blumenfabrik Christine Jauch, Breslau, nach Naturvorlagen aus den Stahlblechen hergestellt, so daß außer der Bismarckhütte nur das Kunstgewerbe Breslaus an der Arbeit der prachtvollen Ehrengabe betheiligt ist. Eine sinnigere Ehrung, als es dieser Schild ist, wird dem allverehrten Manne von Stahl und Eisen kaum zugegangen sein unter den zahlreichen Erinnerungsgaben, die an seinem 84. Geburtstage in Friedrichsruh eingetroffen, gewidmet von denen, die in Liebe und Treue des ersten Reichskanzlers dauernd gedenken.

— Die „Neue Freie Presse" meldet: Die österreichische Marineverwaltung beabsichtigt, den Delegationen einen Plan betreffend den Ausbau der Schlachtschiffe vorzulegen; hierzu wären 45 bis 50 Millionen Gulden erforderlich, die auf eine längere Reihe von Jahren vertheilt werden sollen. Die Entscheidung hierüber wird in den anfangs nächster Woche stattfindenden gemeinsamen Minister-Konferenzen erfolgen.

— Zur Freiburger Erzbischofswahl schreibt der ultramontane „Bad. Beob." noch: „Da die Regierung nur zwei Namen unbeanstandet gelassen hat, hielt sich das Domkapitel ohne vorausgegangene Entscheidung des päpstlichen Stuhles nicht für berechtigt, eine Wahl vorzunehmen. Unter Pius IX. wurde es ausdrücklich untersagt, auf Grund einer Liste mit blos zwei Namen zu wählen. Die päpstliche Entscheidung fiel nun allerdings bejahend aus. Allein es wurden zwei Einschränkungen gemacht, die man nicht übersehen darf. Einmal wurde sie ausdrücklich auf den vorgelegenen Fall beschränkt. Dann aber wurde das Domkapitel angewiesen, bei der großherzoglichen Regierung Protest gegen ein solches Verfahren einzulegen. Das ist unter Berufung auf die eben erwähnte Weisung des päpstlichen Stuhles auch geschehen."

— Der Ausschuß für Feuerversicherung ist, wie die „Ztschr. f. Versw." hört, zum 24. Mai zu einer unter dem Vorsitz des Geheimen Oberregierungsraths von Knebel-Doeberitz im Ministerium des Innern stattfindenden Sitzung einberufen. Der § 39 der Preußischen Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 bestimmt bekanntlich u. A.: „Eine Hypothek oder Grundschuld ist für sicher zu erachten, wenn sie bei ländlichen Grundstücken innerhalb zwei Drittheilen des durch ritterschaftliche, landschaftliche, gerichtliche oder Steuertaxe, bei städtischen innerhalb der ersten Hälfte des durch Taxe einer öffentlichen Feuerversicherungsgesellschaft oder durch gerichtliche Taxe zu ermittelnden Werthes, oder wenn sie innerhalb des fünfzehnfachen Betrages des Grundsteuer-Reinertrages der Liegenschaft zu stehen kommt."

Die öffentlichen Feuerversicherungsgesellschaften sind hiernach vor den privaten Feuerversicherungsgesellschaften in so fern begünstigt, als ihre Taxen bei der Beleihung von städtischen Grundstücken mit Mündelgeldern als Grundlagen für die Werthbemessung dienen können. Diese Bestimmung hat zu mancherlei Unzuträglichkeiten geführt, und es liegen der Staatsregierung verschiedene Anträge auf eine zeitgemäße Abänderung vor. Der Beirathsausschuß für Feuerversicherung soll deshalb darüber berathen und sich gutachtlich äußern, ob es sich empfiehlt, den § 39 der Vormundschaftsordnung dahin zu ändern, daß bei städtischen Grundstücken entweder von einer gesetzlichen Bestimmung ganz abzusehen oder nur die Taxe zweier Bauverständigen, von denen mindestens einer vereidigt sein muß, zu erfordern ist. Eine andere der Berathung und gutachtlichen Aeußerung unterstellte Frage betrifft die Zulässigkeit der Verlängerung nicht gekündigter Versicherungsverträge auf die gleiche Zeitdauer. Gegenwärtig werden bekanntlich von den Polizeibehörden Prolongationsanträge gefordert, um die Präventivkontrolle auszuüben. Dieses Verfahren, wie überhaupt die Präventivkontrolle, ist viel umstritten und dankbar anzuerkennen, daß die Staatsregierung auch in dieser Beziehung Klarheit zu schaffen bemüht ist. Endlich wird den Ausschuß die Frage beschäftigen, ob eine Versicherung gegen die Gefahr von Ueberschwemmungsschäden möglich, und im Fall, wie eine solche Versicherung zu gestalten ist. Die Lösung dieser Frage ist selbstverständlich äußerst schwierig, wenn sie überhaupt zu lösen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. März. Das „N. W. Tagbl." meldet, daß in den nächsten Tagen die kaiserliche Entschließung erfolgen werde, derzufolge der Erzherzog Franz Ferdinand zur Theilnahme an der höchsten Leitung der militärischen Angelegenheiten herangezogen werden wird. Der Erzherzog wird zur Disposition des allerhöchsten Oberbefehls gestellt werden. Diese Stellung hat bisher in der militärischen Organisation nicht bestanden.

Der Statthalter von Galizien, Fürst Sanguszko, reichte seine Demission ein, die unter Verleihung des Ordens vom goldenen Vließ angenommen wurde. Als für die Nachfolge in Betracht kommend werden der Abgeordnete Graf Pininski, der Fürst Paul Sapieha und Graf Johann Stadnicki genannt.

Frankreich.

Der „Temps", das Mundstück des französischen Ministeriums des Auswärtigen, veröffentlicht einen Leitartikel über die orientalische Politik, der nach zwei Richtungen hin besondere Beachtung verdient. Zunächst wird mit gewisser Genugthuung verzeichnet, daß der Zusammenhalt der Dreibundmächte in Bezug auf die Insel Kreta Schiffbruch erlitten habe; dann wird über die russische Politik dem Sultan gegenüber, die eine Politik des laisser faire und des laisser aller genannt wird, eine gewisse Verstimmung an den Tag gelegt. Uns kann es nur recht sein, wenn die französische Regierung das Wesen des Dreibundes noch so wenig begriffen hat, daß sie aus dem Verbleiben Italiens auf der Insel Kreta glaubt Schlüsse ziehen zu können auf die mangelhafte Festigkeit und Haltbarkeit des Dreibundes. Unseres Erachtens ist es völlig selbstverständlich, daß Italien an der Seite von Rußland, Frankreich und England bleibt, so lange die Neuregelung der Verwaltung der Insel in Frage kommt. Italien hat bisher noch niemals sich dazu verstanden, das Mittelmeer als ein ausschließlich zum französischen Machtbereich gehörendes Gebiet anzuerkennen, und es wird sich schwerlich je dazu verstehen. Italiens Zugehörigkeit zum Dreibunde bedeutet nicht eine blinde Gefolgschaft oder den Verzicht auf eine selbstständige Politik. Italien ist jeder Zeit im Stande, solche italienischen Sonderinteressen selbstständig wahrzunehmen, welche außerhalb des Rahmens des Dreibundes liegen. Dazu gehört zweifellos auch die kretische Frage, und so weit wir es zu beurtheilen vermögen, wird die Haltung der italienischen Regierung auch von der ganzen öffentlichen Meinung Italiens getragen. Wir können uns denken, daß der französischen Regierung vielleicht ein vorzeitiger Rückzug Italiens aus Kreta nicht unerwünscht wäre, indessen solche französischen Wünsche haben keine Aussicht auf Erfüllung. Was sodann weiter die französische Verstimmung über die augenblickliche Haltung der russischen Regierung gegenüber dem Sultan betrifft, so verräth sie nur, daß die französische Regierung in der Frage der Reform der türkischen Verwaltung weitergehende Anträge befürwortet hat, als man in Petersburg mit dem Fortbestande des osmanischen Reiches vereinbar hält. So klagt die französische Regierung jetzt, daß Graf Murawiew durch sein Entgegenkommen in der Frage der Kriegsentschädigung und durch seine Bereitwilligkeit, Wünsche des Sultans zu erfüllen, dazu beitrage, das übertriebene Machtbewußtsein und die Widerstandskraft des Sultans zu stärken, und sie äußert sich unmuthig dahin, daß die Mächte nicht wüßten, was sie wollten, noch was sie könnten, noch was sie müßten. Indeß auch diese Verstimmung wird nicht von zu langer Dauer und nicht tragisch zu nehmen sein. Minister Hanotaux hat jetzt, wie seine jüngste Kammerrede bekundet, die diplomatische Führung in der kubanischen Frage in die Hand genommen; er wird hier bereits volle Einigkeit mit der russischen Regierung hergestellt haben, und er wird mit dieser schwerwiegenden Aufgabe so viel zu thun haben, daß er froh sein wird, daß zunächst die Lösung der kretischen Frage sich noch weiter verzögert.

Paris, 29. März. Auch in Tunis sind jetzt antisemitische Unruhen ausgebrochen. Die Juden wurden am letzten Sonntag in ihren Bazaren von Arabern angegriffen und mußten ihre Läden schließen. Sie verschanzten sich in ihren Häusern und warfen von den Dächern mit Steinen nach den vorübergehenden Einheimischen, die nun ihrerseits wieder die Häuser der Juden belagerten. 38 Juden und 41 Araber wurden verhaftet. Die unvermutheten Ausschreitungen der letzteren sollen durch das Gerücht verursacht worden sein, daß Juden eine Moschee betreten und beschmutzt hätten. Eine „Havas"-Depesche versichert, es bestehe kein Zusammenhang zwischen den Unruhen in Algerien und dem Ausbruche der judenfeindlichen Stimmung in Tunis. Die „Libre Parole" behauptet jedoch das Gegentheil. Der Berichterstatter des Blattes schildert die Zustände als höchst bedenklich. Die Juden seien mit Rasirmessern bewaffnet, mehrere jüdische Kaufläden, namentlich der eines Juweliers, seien erbrochen worden.

Paris, 30. März. Obwohl die „Agence Havas" die Nachricht von der Revancherede des Generals Pellieux auf dem Plateau de Bagatelle als unrichtig bezeichnet, bestätigen zahlreiche Ohrenzeugen, daß Pellieux die Beschleunigung der Revanche befürwortet hat, weil das französische Gewehr derzeit dem deutschen überlegen sei.

Paris, 30. März. Senat. Im Verlaufe der Berathung über das Marine-Budget erklärte der Marineminister auf eine Anfrage nach dem Verluste des Torpedobootes „Ariel", daß die Untersuchung die Ursache des Unglücksfalles noch nicht festgestellt habe. Der Minister sprach sich des Weiteren für die Nützlichkeit der Nachtmanöver für Torpedoboote aus.

Die Kammer erörterte den Bericht des Abgeordneten Viviani über die Haltung der Justizbehörden in der Panama-Angelegenheit. Der Bericht schließt mit einem Tadelsvotum gegen den früheren Generalstaatsanwalt Quesnay de Beaurepaire. Viviani begründete den Beschlußantrag des Berichts und erinnerte daran, daß Beaurepaire sich weigerte, vor der Parlaments-Kommission Zeugniß abzulegen, und gewisse Beweisstücke zurückhielt. Viviani wirft sodann Beaurepaire vor, daß derselbe die in der Panama-Affaire Angeklagten in die Lage gebracht habe, sich auf die Verjährung zu berufen, daß er es ferner versäumt habe, die Reinach'schen Papiere mit Beschlag belegen zu lassen, und daß er schließlich die Justiz vor einem Agenten der parlamentarischen Korruption habe zurückweichen lassen. (Lebhafter Beifall.) Die Kammer beschloß mit 311 gegen 174 Stimmen den öffentlichen Anschlag der Rede Vivianis. Nach einigen Bemerkungen des Justizministers wurden die in dem Berichte Vivianis und dem Generalbericht Valles über die Panama-Angelegenheit enthaltenen Anträge einstimmig angenommen.

Italien.

Rom, 30. März. Crispi erhielt bereits vor mehreren Wochen ein Schreiben des Fürsten Bismarck, worin dieser seinen alten Freund zum Besuch in Friedrichsruh einlud. Crispi wird der Einladung nach seiner Wiederwahl in Palermo Folge leisten. Nach dem Kammerbeschluß ließ Crispi den König befragen, ob er noch des Annunciaten-Ordens würdig sei; der König antwortete, er betrachte Crispi für ebenso würdig wie vorher.

England.

London, 30. März. Die heute hier umlaufende Meldung von der Ermordung des Präsidenten Krüger erweist sich als ein schändliches Börsenmanöver; nach dem Urheber wird gefahndet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 31. März. Morgen tritt die kaiserliche Verordnung in Kraft, nach der die Abschnitte der Gewerbeordnungsnovelle vom 26. Juli 1897 über die freien und Zwangsinnungen, über die Innungsausschüsse und Innungsverbände, sowie die allgemeinen Vorschriften über die Lehrlingsverhältnisse Geltung erlangen. Gleichzeitig wird damit der Ablauf einiger im Gesetze vorgesehener Fristen bestimmt. Zunächst handelt es sich um den Zeitpunkt, bis zu welchem die sogenannten privilegirten Innungen, also diejenigen, welche besondere Rechte bezüglich der Lehrlingshaltung und der Zuziehung von außerhalb der Innung stehenden Gewerbetreibenden zur Kostendeckung haben, den Antrag auf Umwandlung in Zwangsinnungen gestellt haben müssen, wenn sie darauf rechnen wollen, daß ihrem Antrage stattgegeben wird, auch ohne daß die Mehrheit der betheiligten Gewerbetreibenden zustimmt hat, und ohne daß der Innungsbezirk so abgegrenzt ist, daß kein Mitglied durch Entfernung seines Ortes vom Sitze der Innung verhindert wird, am Genossenschaftsleben theilzunehmen und die Innungseinrichtungen zu benutzen. Die Frist hierfür ist im Gesetze auf ein halbes Jahr festgesetzt, die privilegirten Innungen hätten also zur Stellung solcher Anträge noch bis zum Ende September 1898 Zeit. Nachher würden ihnen natürlich Anträge auf Bildung von Zwangsinnungen nicht verwehrt werden können, die Anträge würden dann aber ebenso wie alle übrigen behandelt werden müssen. Sodann ist mit dem Inkrafttreten der kaiserlichen Verordnung auch die Frist für die Umgestaltung der Verfassung der bestehenden Innungen begrenzt. Die bestehenden Innungen sind verpflichtet, ihre Verfassung den neuen, in den §§ 81 bis 91 der jetzigen Gewerbeordnung niedergelegten Bestimmungen anzupassen und zwar innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen. Es würde also nunmehr die Frist Ende März 1898 ablaufen. Ist bis dahin seitens der bestehenden Innungen dem Gesetze nicht Genüge geschehen, so greift die höhere Verwaltungsbehörde ein. Ebenso wie die bestehenden Innungen haben die Innungskrankenkassen ihre Verfassung umzugestalten. Die Frist hierfür ist jedoch nicht im Gesetze festgelegt, sie wird von der Aufsichtsbehörde bestimmt. Wird diese Frist nicht eingehalten, so können die betreffenden Innungskrankenkassen geschlossen werden.

— Zur Gewinnung eines Fonds zur Fürsorge für unfallverletzte Gefangene oder deren Hinterbliebene hat der Minister des Innern im Einverständnisse mit dem Finanzminister und dem Justizminister bestimmt, daß als Arbeitgeber zugelassene Privatunternehmer vom 1. April d. Js. ab bei Vertragsschlüssen oder sonstigen Vereinbarungen über Gefangenenbeschäftigung verpflichtet werden, als Versicherungsgebühr einen Betrag von 0,5 Pf. für den Kopf und Arbeitstag der von ihnen beschäftigten Gefangenen zu entrichten.

— Seit einiger Zeit beginnt auf dem deutschen Markte das amerikanische Schuhwerk den Erzeugnissen unseres einheimischen Schuhmachergewerbes eine bedenkliche Konkurrenz zu machen. Diese steigende Einfuhr amerikanischer Schuhwaaren ist vom volkswirthschaftlichen Standpunkte um so unerfreulicher, als es sich dabei wesentlich um minderwerthige Produkte handelt. Auf gesetzgeberischem Wege kann nach Lage der Dinge der Entwickelung nicht entgegengewirkt werden. Nach einer Auslassung der „Neuen Pol. Nachr.“ kann es aber nützlich erscheinen, die Konsumenten über den durchschnittlichen Minderwerth des amerikanischen Produktes aufzuklären. Die Käufer amerikanischer Schuhwaaren mögen es sich gesagt sein lassen, daß diese Fabrikate zwar oft ein elegantes und gefälliges Aussehen haben, daß aber in Folge ihrer flüchtigen Herstellung solche Schuhe im Gebrauche nur etwa den dritten Theil der Zeit überdauern, die deutsches Schuhwerk bei gleichem Gebrauche hält.

— Gebrauchsmuster sind eingetragen: für August Knuth in Stettin auf einen aus drei Theilen mittels vier Nähte hergestellten Rock, und für Joh. Andrae in Stettin auf eine Kontaktrolle für oberirdische Stromzuleitung, bei welcher konische Ansätze und auf ihnen angebrachte spiralige Rippen das Kabel nach dem Herausspringen wieder nach der Nuth zurückleiten.

— Für den Bau der neuen Turnhalle liegen dem Stettiner Turnverein folgende zwei Pläne vor, über welche die Hauptversammlung am 4. April entscheiden soll. Der Vorstand hat sich für den rentablen Plan A mit Unterbau zu einem Keglerheim entschieden und sollen bei Ausführung desselben unter der Turnhalle eben 4 mustergültige Normal-Doppelbahnen mit guter Lüftung und Ausstattung hergerichtet werden, die bestimmt sind, den Sportskeglern zur Uebung, als auch allen übrigen, namentlich älteren Herren zur körperlichen Ausarbeitung und Erholung als angenehmen Aufenthalt zu dienen. — Aber auch dem Radfahrsport, sowie den Lernenden soll durch Ueberlassung der Turnhalle und des Turnplatzes für die Tageszeit bis Abends ½8 Uhr Gelegenheit gegeben werden, in einem angenehmen großen Raume oder nach Belieben im Freien das Radfahren zu üben und zu betreiben. Nur durch hieraus zu erzielende Einnahmen kann das beabsichtigte Unternehmen ermöglicht werden; kommt dasselbe zu Stande, dann wird hier eine Stätte errichtet sein, in welcher durch das Turnen in allgemeiner Durcharbeitung des Körpers, durch das Kegeln in Körper- und besonders Armbewegungen und durch das Radfahren in Körper- und besonders Beinbewegungen viel zur Gesundung und Kräftigung der Uebenden geschehen und diese Stätte mit Recht als eine Wohlfahrtseinrichtung bezeichnet werden kann. Plan B ist ohne Unterbau. Die Baukosten bei Plan A sind auf 220 000 Mark, bei Plan B auf 180 500 Mark berechnet. Wir wünschen dem Stettiner Turnverein zu seinem Unternehmen allseitige Anerkennung und Unterstützung und für die mühevolle Arbeit guten Erfolg.

Aus den Provinzen.

W. **Loitz**, 30. März. Das Gewitter, welches vorgestern Abend über die Provinz Pommern zog, hat sich auch in unserer Gegend unliebsam bemerkbar gemacht, in Gülzow schlug ein Blitz in die Kirche und beschädigte die Orgel.

= **Bütow**, 30. März. Die polnische Propaganda macht sich gegenwärtig in der hiesigen Umgegend sehr bemerkbar, polnische Agitatoren veranstalten Versammlungen, in denen für den als Reichstagskandidaten aufgestellten Redakteur Kulersky aus Graudenz gewirkt wird. Natürlich kann dabei nur eine polnische Zählkandidatur in Frage kommen.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 31. März. Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts hatten sich heute die Maurerfrau Anna Wetzel, geb. Müller, und die Händlerin Luise Waldow, geb. Spiekermann, von hier wegen Diebstahls bezw. Hehlerei zu verantworten. Die beiden Frauen besuchten den Züllchower Wochenmarkt mit Bürstenwaaren und die Wetzel hatte dort ihren Stand nahe bei einer Fleischerbude. Die Erstangeklagte half der in jener Bude beschäftigten Frau regelmäßig beim Auspacken der Fleischwaaren und mit gleicher Regelmäßigkeit eignete sie sich jedes Mal drei Würste an, die sie in der Kiste liegen ließ, um bei gelegener Zeit damit zu verschwinden. Von dieser profitablen Einrichtung scheint die Waldow Kenntniß erhalten zu haben, denn sie überraschte eines Tages die Wetzel, als diese die verwahrten Würste der Kiste entnahm, worauf die Wetzel für die Folge der Mitangeklagten stets eine Wurst abgeben mußte. Das Stehlen wurde unvermindert fortgesetzt, bis die Bewohnerin eines am Markt belegenen Hauses auf das Treiben der Frauen aufmerksam wurde und ihre Beobachtungen zur Kenntniß der Behörde brachte. Es gelang, die Verbrecherinnen auf frischer That zu ertappen, sodaß sie unmöglich leugnen konnten. Die Wetzel wurde wegen Diebstahls in fortgesetzter Begehung zu 9 Monaten Gefängniß, die Waldow wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu einem Jahr Zuchthaus, Ehrverlust auf die Dauer von 2 Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. Die Waldow wurde sofort in Haft genommen.

— In der Disziplinar-Untersuchungssache wider den Gemeindevorsteher Schultze zu Nahmitz im Kreise Zauch-Belzig verhandelte am Dienstag das Oberverwaltungsgericht in nicht öffentlicher Sitzung. Schultze hatte, wie man sich erinnern wird, an eine Frau Palm eine Wohnung in seinem außerhalb seines Amtsbezirks belegenen Hause vom 1. Juli 1896 an vermiethet. Am 15. Juli forderte der Landrath v. Stülpnagel ihn auf, Frau Palm, die eine sozialdemokratische Agitatorin sei, binnen drei Tagen aus seinem Hause zu entfernen. Als Schultze es ablehnte, dieser Aufforderung nachzukommen, da, wie er später angab, der Miethsvertrag ihm nicht die Berechtigung verlieh, Frau Palm sofort zum Verlassen der Wohnung zu nöthigen, verfügte der Landrath gegen Schultze die bereits vorher angedrohte Eröffnung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziel auf Entfernung aus dem Amte und zugleich seine vorläufige Dienstenthebung. Der Kreisausschuß erkannte auf Dienstentlassung. Diese Entscheidung focht der Angeschuldigte mit der Berufung bei dem Oberverwaltungsgericht an. In dem Verhandlungstermin am Dienstag erschien Schultze im Beistande des Justizraths Albert Träger. Der Gerichtshof beschloß u. a. über die Behauptung des Angeschuldigten, daß Frau Palm ihm bei den Verhandlungen über die Vermiethung der Wohnung erklärt habe, sie gehöre nicht mehr der Sozialdemokratie an, und darüber Beweis zu erheben, ob sie in neuester Zeit Versammlungen in der Umgegend von Nahmitz abgehalten habe.

Landwirthschaftliches.

Zur Düngung der Lupinen. Alle Hülsenfrüchte besitzen die Fähigkeit, mit Hülfe von Bakterien den Stickstoff der Atmosphäre sich anzueignen, und benutzt deshalb der Landwirth dieselben in einem stärkeren Maße zur Gründüngung. Dabei bedürfen dieselben zur Bildung ihrer Pflanzenmasse nur die Düngung mit mineralischen Nährstoffen, besonders Kali und Phosphorsäure. Während man diese Nährstoffe bei den meisten Leguminosen überall zuführt, glaubt man doch vielfach noch jetzt, sich bei der Düngung der Lupinen auf eine Kalidüngung allein beschränken zu müssen, dagegen von einer Thomasmehldüngung absehen zu sollen. Man war früher nämlich allgemein der Meinung, daß der Kalkgehalt des Thomasmehles schädlich auf das Wachsthum der Lupinen wirke. Diese Ansicht ist aber nach den neuesten Untersuchungen, namentlich aber nach den praktischen Erfahrungen von Dr. Schultz-Lupitz irrig, wenigstens nicht in ihrem ganzen Umfange aufrecht zu erhalten. Die langjährigen Lupitzer Versuche haben gezeigt, daß eine schädigende Wirkung des Kalks im Thomasmehl oder in den Kalkdüngemitteln nur dann zu befürchten ist, wenn diese beiden Düngemittel einseitig gegeben werden, daß sie aber vollkommen ausgeschlossen ist, wenn bei der Düngung zugleich die Kalisalze genügend Berücksichtigung finden. Die Lupitzer Versuche beweisen aber weiter die Nothwendigkeit der Zufuhr von Phosphossäure und der Berücksichtigung des Kalkgehaltes des Bodens, denn bei alleiniger Düngung mit Kainit gingen die Erträge von Jahr zu Jahr zurück. Allerdings ist das Phosphorsäurebedürfniß der Lupine nicht so groß, wie das für Kali; aber es will ebenso wie dieses durch die Düngung befriedigt werden. Eine Düngung mit Thomasmehl ist schon deswegen nicht zu unterlassen, weil sie als vorbereitende Düngung zu der nachfolgenden Frucht anzusehen ist. Nur nach einer reichlichen Kaliphosphatdüngung können die Lupinen ihre Fähigkeit, den Luftstickstoff sich anzueignen, voll entfalten. Hierzu wird eine Düngung von 500—600 Kilo Kainit und 300—400 Kilo Thomasmehl pro 1 ha vollkommen genügen.

Literatur.

— „Schlaf, Kindchen, schlaf!“ Dieses liebliche, gemüthvolle Volkslied hat eine neue und reizvolle Illustration gefunden in dem Moden-Genrebilde, mit welchem die **„Illustrirte Wäsche-Zeitung“**, Verlag John Henry Schwerin, Berlin, die Titelseite ihrer Aprilnummer schmückt. In der That, man muß sagen, daß dieses in Wäschesachen und Wäscheneuheiten unerschöpfliche Spezialblatt Außerordentliches leistet und seinen vielen Vorzügen immer neue hinzufügt. „Praktisch und billig“ ist hier die Parole. Wie leicht ist es, mit Hülfe des jeder Monatsnummer beiliegenden großen Schnittbogens zu arbeiten, und die Ausführung nur eines Schnittes bringt das geringe Abonnementsgeld von nur 60 Pf. vierteljährlich mehr als wieder ein! Die „Illustrirte Wäsche-Zeitung“ ist zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen und Postanstalten. Gratis-Probenummern durch erstere und den Verlag John Henry Schwerin, Berlin W. 35, Steglitzerstraße 11.

Kunst und Wissenschaft.

— Die goldene Cothenius-Medaille hat die kaiserliche Leopoldinisch-Karolinische deutsche Akademie der Naturforscher in Halle dem Geh. Regierungsrath Prof. Emil Fischer in Berlin, dessen Arbeiten über Zucker und die Harnsäuregruppe die bedeutendsten der letzten Jahre sind, verliehen.

— Geheimrath Krupp in Essen, der vor Kurzem das von Prof. Nernst geleitete chemisch-physikalische Institut der Universität Göttingen besichtigte, hat für dasselbe 20 000 Mark gestiftet.

— Die philosophische Fakultät der Universität Straßburg hat den Verlagsbuchhändler Karl Trübner daselbst zum Ehrendoktor der Philosophie ernannt. Derselbe hat sich durch Begründung und Leitung einer der hervorragendsten wissenschaftlichen Verlagsunternehmungen in Deutschland große Verdienste um die Wissenschaft, im Besonderen um die junge Straßburger Universität und Bibliothek erworben. Er hat sich unmittelbar nach dem Kriege in Straßburg niedergelassen, und es war hauptsächlich sein Verdienst, daß der neubegründeten Straßburger Bibliothek aus England und Amerika besonders reiche Schenkungen zugingen. Mitte der achtziger Jahre hat er dann durch die Wiedergewinnung der nach Paris verschlagenen Manessischen Liederhandschrift für Deutschland viel von sich reden gemacht; dieses einzigartige mittelalterliche Literaturdenkmal befindet sich seitdem wieder in Heidelberg, von wo es ins Ausland verschleppt worden war. Besonders verdienstvoll ist sein unter dem Titel „Minerva“ seit 1891 herausgegebenes Jahrbuch der gelehrten Welt, in dem mit großer Sachkenntniß kurzgefaßte Darstellungen der Entwickelung und Verfassung, sowie der Personalbestand der wissenschaftlichen Anstalten der ganzen Kulturwelt zusammengestellt sind.

Hamburg, 31. März. Die Bürgerschaft nahm gestern Abend den Senatsantrag an, auf dem Rathhausmarkt ein Kaiser Wilhelm-Denkmal zu errichten.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 30. März. Nach amtlicher Meldung hat der ehemalige Oberfaktor Grünenthal endlich das Geständniß abgelegt, daß er Reichsbanknoten aus der Reichsdruckerei gestohlen hat. Er gab zu, im Januar 1897 bei der vom Staatssekretär v. Podbielski im Reichstag gekennzeichneten Gelegenheit und auf die geschilderte Weise sich in den Besitz der Ueberschußscheine gesetzt zu haben. Zum Geständniß ist Grünenthal offenbar getrieben worden durch die ihn stark belastende Aussage des Reichsdruckereibeamten T. Grünenthal hatte sich nämlich im Januar v. J. für eine Nacht in den Besitz der Schlüssel des Reichsdruckereitresors zu setzen gewußt. Dieser Vorgang, auf dessen Einzelheiten der Beamte sich zu besinnen vermochte, hat sich wie folgt abgespielt: Der eine Oberbeamte der Reichsdruckerei war zur Abnahme des für den Reichsbanknotendruck bestimmten Papieres nach Eberswalde abgesandt, ein zweiter Beamter erkrankte, und so erhielt T. den zweiten Schlüssel zum Tresor. Grünenthal wußte durch den bloßen Hinweis, daß er am nächsten Morgen doch zuerst auf dem Platze sein werde, den T. zur Herausgabe des Schlüssels zu bewegen. Er will nur dies eine Mal Entwendungen von Kassenscheinen vorgenommen haben. Er hat ferner jetzt endlich eingestanden, daß auch die zuerst gefundenen 44 000 Mark von ihm auf dem Friedrich-Werderschen Kirchhof versteckt worden seien. Endlich verlautet, daß Grünenthal auch eingestanden haben soll, in seiner Wohnung die rothen Nummern und mittels eines mitgenommenen und demnächst zurückgebrachten Stempels den rothen, runden Aufdruck der Reichsbankdirektion ausgeführt zu haben. Damit hätte er sich zugleich der Münzfälschung beschuldigt, die mit Zuchthaus geahndet wird. Die Höhe der von Grünenthal gestohlenen Beträge sowie die Gesamtsumme der zur Stelle gebrachten Kassenscheine wird noch amtlich geheim gehalten.

— Das Auftreten von Frau Lona Barrison, welches im Berliner Apollo-Theater demnächst stattfinden sollte, ist, wie der „Konfektionär“ erfährt, soeben vom Minister des Innern verboten worden.

— Professor Gräf's „Märchen“, Bertha Rother, eine geborene Delitzscherin, weilt gegenwärtig nach langem Fernsein wieder einmal in ihrer Geburtsstadt Delitzsch, um im dortigen „Schützenhause“ im Verein mit anderen Künstlern und Künstlerinnen Variété-Vorstellungen zu geben. Das „Märchen“ produzirt sich in verschiedenen lebenden Bildern.

— Ein leprakrankes Ehepaar lebt in Charlottenburg. Es erhielt in den letzten Tagen den Besuch dreier Physici, die in Begleitung eines Polizeilieutenants erschienen waren, um den Krankheitsbefund zu konstatiren, sowie die Ausführung der dem Ehepaar ministeriellerseits vor einigen Wochen übermittelten Verfügung zu kontrolliren. Das Erscheinen des Polizeibeamten brachte die bedauernswerthen Leute, die in guten äußeren Verhältnissen leben, in solche Erregung, daß die Frau unpäßlich wurde. Das Ehepaar, das in Pommern geboren, indeß längere Zeit in Brasilien gelebt hatte und dessen gegenwärtiger Aufenthalt in Berlin-Charlottenburg bereits Jahre zurückdatirt, wurde von dem einen der Herren Physici gefragt, warum es nicht lieber nach Brasilien zurückgehe. Die etwas merkwürdige Frage wurde mit dem Hinweis beantwortet, daß dies nicht so im Handumdrehen ginge, zumal geschäftliche und Gründe privater Natur — ein Töchterchen des Ehepaares geht bereits jahrelang hier in die Schule — einem solchen Beginnen hinderlich seien; und dann gefiele es ihnen hier in ihrer deutschen Heimath besser. Man darf also füglich gespannt sein, welche Folgen der plötzliche Besuch, der entgegen aller kollegialen Gepflogenheit in ärztlichen Kreisen, ohne Wissen und ohne Hinzuziehung des behandelnden Arztes geschah, für das betroffene Ehepaar nach sich ziehen dürfte.

Krone a. d. B., 30. März. Nach einem ehelichen Streite erschoß der Wirth Marx in Smolary Hauland seine Ehefrau, die sofort verstarb.

Schiffsnachrichten.

Kopenhagen, 30. März. Gestern traf der dänische Dampfer „Dronningen“ auf der Reise nach Aarhus bei Schneesturm und grober See in der Nähe von Samsö eine deutsche Galeasse, die dem Versinken nahe war. Drei Personen der Bemannung, die um Hülfe flehten, wurden deutlich beobachtet. Der Kapitän des Dampfers erklärt aber, daß die Hülfeleistung unmöglich gewesen; er habe nicht einmal wenden können, ohne den Dampfer zu riskiren. Die Galeasse ist unzweifelhaft mit Mann und Maus untergegangen.

Wasserstand.

* **Stettin**, 31. März. Im Revier 5,72 Meter = 18' 3".

Börsen-Berichte.

Stettin, 31. März. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 9 Grad Reaumur. Barometer 754 Millimeter. Wind: SO.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 47,10 G.

Berlin, 31. März. In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loco 70er amtlich 48,30, loco 50er amtlich 68,00.

London, 31. März. Wetter: Schön.

Berlin, 31. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	103,50
do. do. 3½%	103,50
do. do. 3%	98,25
Deutsche Reichsanl. 3%	97,10
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,60
do. do. 3%	92,25
do. Neuländ. Pfdbr. 3½%	100,50
3% neuländ. Pfandbriefe	92,10
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100,70
do. 3%	92,60
Italienische Rente.	93,40
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,60
ungar. Goldrente	103,10
Rumän. 1881er am. Rente	100,80
Serbische 4% 95er Rente	61,50
Griech. 5% Goldr. v. 1890	38,80
Rum. amort. Rente 4%	94,40
Mexikan. 6% Goldrente	99,50
Oesterr. Banknoten	170,10
Russ. Banknoten Cassa	216,60
do. do. Ultimo	216,75
Gr. Russ. Zollcoupons	324,25
Französische Banknoten	81,10
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	84,00
do. (100) 4%	81,90
do. (100) 4%	79,75
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	78,25
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50
Stett. Bulc.-At. Littr. B.	183,75
Stett. Bulc.-Prioritäten	186,80
Stettiner Straßenbahn	173,00
Petersburg kurz	—,—
Warschau kurz	216,10
London kurz	204,85
London lang	203,25
Amsterdam kurz	169,30
Paris kurz	80,95
Belgien kurz	80,75
Berliner Dampfmühlen	122,00
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	98,00
„Union“, Fabrik chem. Produkte	124,50
Barziner Papierfabrik	190,60
Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	196,00
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,60
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,75
Stett. Stadtanleihe 3½%	—,—

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	201,00
Berliner Handels-Gesellsch.	164,20
Oesterr. Credit	229,90
Dynamite Trust	184,40
Bochumer Gußstahlfabrik	203,75
Laurahütte	182,50
Harpener	177,75
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	187,60
Dortm. Union Littr. C.	97,90
Ostpreuß. Südbahn	89,40
Marienburg-Mlawkabahn	80,90
Norddeutscher Lloyd	117,80
Lombarden	33,70
Franzosen	145,50
Luxemb. Prince-Henribahn	108,60

Tendenz: Abgeschwächt.

Paris, 30. März, Nachmittags. (Schlußkourse.) Fest.

	30.	29.
3% Franz. Rente	103,40	103,32
5% Ital. Rente	93,80	93,55
Portugiesen	19,50	19,40
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	—,—
4% Rumänier	—,—	—,—
4% Russen de 1889	—,—	103,00
4% Russen de 1894	—,—	68,05
3½% Russ. Anl.	101,00	—,—
3% Russen (neue)	96,70	96,85
4% Serben	61,00	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	53,12	52,62
Convert. Türken	21,82	21,50
Türkische Loose	108,50	107,00
4% türk. Pr.-Obligationen	—,—	462,00
Tabacs Ottom.	288,00	286,00
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
Meridional-Aktien	679,00	677,00
Oesterreichische Staatsbahn	733,00	—,—
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3550	—,—
B. de Paris	921,00	918,00
Banque ottomane	550,00	547,00
Credit Lyonnais	839,00	835,00
Debeers	690,00	680,00
Langl. Estat.	81,00	80,00
Rio Tinto-Aktien	736,00	734,00
Robinson-Aktien	201,00	197,50
Suezkanal-Aktien	3490	3482
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,93	206,93
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122⁷/₁₆	122⁷/₁₆
do. auf Italien	5,62	5,75
do. auf London kurz	25,30	25,30
Cheque auf London	25,32	25,32
do. auf Madrid kurz	351,00	351,00
do. auf Wien kurz	207,87	207,87
Huanchaca	40,00	39,50
Privatdiskont	—,—	—,—

Magdeburg, 30. März. Zucker. Kornzucker exkl. 88 Proz. Rendement 9,90—10,10, Nachprodukte exkl. 75 Proz. Rendement 7,00 bis 7,55. Ruhig. Brod-Raffinade I. —,— bis —,—. Brod-Raffinade II. —,— bis —,—. Gem. Brod-Raffinade mit Faß 22,87½ bis 23,25. Gem. Melis I. mit Faß 22,50 bis —,—. Still. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per März 8,97½ G., 9,02½ B., per April 8,97½ G., 9,00 B., per Mai 9,07½ G., 9,10 B., per Juni 9,12½ G., 9,17½ B., per Oktober-Dezember 9,22½ G., 9,27½ B. Still.

Köln, 30. März. Rüböl loko 55,00, per Oktober 52,80. — Wetter: Milde.

Hamburg, 30. März, 6 Uhr Abends. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Kaffee good average Santos per März 28,50, per September 29,75. Stetig.

Hamburg, 30. März, 6 Uhr Abends. Zuckermarkt. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg per März 9,00, per August 9,32½, per Oktober-Dezember 9,30. Stetig.

Bremen, 30. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 5,10 B. Schmalz fester. Wilcox 28 Pf., Armour shield 28¼ Pf., Cudahy 29 Pf., Choice Grocery 29 Pf., White label 29 Pf. Speck fest. Short clear middl. loko 28½ Pf. — Reis stramm.

Wien, 30. März. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 12,41 G., 12,42 B., per Mai-Juni 12,06 G., 12,08 B. Roggen per Frühjahr 8,82 G., 8,84 B. Mais per Mai-Juni 5,54 G., 5,55 B. Hafer per Frühjahr 6,96 G., 6,98 B.

Pest, 30. März, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko fest, per Frühjahr 12,44 G., 12,45 B., per September 9,06 G., 9,07 B. Roggen per Frühjahr 8,61 G., 8,62 B. Hafer per Frühjahr 6,60 G., 6,62 B. Mais per Mai-Juni 5,23 G., 5,24 B. Kohlraps per August 12,05 G., 12,15 B. — Wetter: Trübe.

Amsterdam, 30. März. Java-Kaffee good ordinary 34,00.

Amsterdam, 30. März. Bancazinn 39,25.

Amsterdam, 30. März, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine etwas niedriger, per März —,—, per Mai 230,00. Roggen loko —, do. auf Termine behauptet, per März 139,00, per Mai 134,00, per Juli —,—, per Oktober 124,00. Rüböl loko 28,00, per Mai 26,37, per Herbst 24,12.

Amsterdam, 30. März. Bei der heute von der Niederländischen Handelsgesellschaft abgehaltenen Zinnauktion wurden 46 773 Blöcke Bankazinn zu 39—39¼, durchschnittlich 39¾ Gulden verkauft.

Antwerpen, 30. März, Nachmittags 2 Uhr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 15,37 bez. u. B., per März 15,37 B., per April-Mai 15,37 B. Ruhig.

Schmalz per März 63,25.

Paris, 30. März, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 28,50 bis 29,00. Weißer Zucker behpt., Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 31,25, per April 31,37, per Mai-August 31,87, per Oktober-Januar 30,12.

Paris, 30. März, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per März 28,90, per April 28,85, per Mai-Juni 28,65, per Mai-August 27,80. Roggen ruhig, per März 18,00, per Mai-August 17,50. Mehl beh., per März 64,75, per April 62,70, per Mai-Juni 61,65, per Mai-August 60,10. Rüböl ruhig, per März 53,25, per April 53,50, per Mai-August 54,25, per September-Dezember 55,25. Spiritus behpt., per März 46,50, per April 46,00, per Mai-August 45,00, per September-Dezember 42,25. — Wetter: Schön.

Havre, 30. März, Vorm. 10 Uhr 20 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per März 34,75, per Mai 35,75, per September 36,25. Behauptet.

London, 30. März. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 50 Lstr. 17 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 65 Lstr. — Sh. — d. Zink 18 Lstr. 12 Sh. 6 d. Blei 12 Lstr. 17 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrants 46 Sh. 2 d.

London, 30. März. Chili-Kupfer 50,75, per drei Monate 51,12.

London, 30. März. 96proz. Javazucker 11,12, stetig. Rüben-Rohzucker loko 8¹⁵/₁₆ stetig.

London, 30. März. Spanisches Blei 12 Lstr. 15 Sh. — d.

London, 30. März, Nachm. 2 Uhr. Getreidemarkt. (Schluß.) Markt ruhig, Preise unverändert, Weizen matter, Gerste fest. Schwimmende Gerste fest.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 4860, Gerste 14 950, Hafer 8320 Quarters.

Glasgow, 30. März, Nachmittags. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 46 Sh. 2½ d. Warrants middlesborough III. 40 Sh. ½ d.

Newyork, 29. März. Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 10 645 391 Doll. gegen 11 340 238 Doll. in der Vorwoche.

Newyork, 30. März. (Anfangskourse.) Weizen per Juli 85,50. Mais per Juli 34,50.

Newyork, 30. März, Abends 6 Uhr.

	30.	29.
Baumwolle in Newyork	6³/₁₆	6,12
do. Lieferung per April	—,—	5,88
do. Lieferung per Juni	—,—	5,94
do. in Neworleans	5⁹/₁₆	5,50
Petroleum, raff. (in Cases)	6,40	6,40
Standard white in Newyork	5,75	5,75
do. in Philadelphia	5,70	5,70
Credit Balances at Oil City Febr.	77,00	77,00
Schmalz Western steam	5,25	5,25
do. Rohe und Brothers	5,55	5,50
Zucker Fair refining Moscovados	3⁹/₁₆	3,50
Weizen kaum stetig.		
Rother Winterweizen loko	100,37	101,12
per März	98,50	98,12
per April	—,—	—,—
per Mai	98,00	98,12
per Juli	85,25	85,12
Kaffee Rio Nr. 7 loko	5,62	5,50
per April	5,20	5,10
per Juni	5,35	5,25
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,85	3,85
Mais stetig,		
per März	—,—	—,—
per Mai	33,50	33,37
per Juli	34,75	34,50
Kupfer	12,00	12,00
Zinn	14,35	14,35
Getreidefracht nach Liverpool	3,50	3,50

Chicago, 30. März.

	30.	29.
Weizen kaum stetig, per März	—,—	—,—
per Mai	103,75	104,25
Mais stetig, per März	28,37	28,25
Pork per März	9,35	9,35
Speck short clear	5,25	5,25

Wollberichte.

London, 30. März. Wolle unverändert.

Telegraphische Depeschen.

Madrid, 31. März. Regierungskreise versichern auf das bestimmteste, daß Spanien in eine Abtretung Kubas nie einwilligen könne, weil dann in ganz Spanien ein Aufruhr ausbrechen würde. Man hegt hier aber die Ansicht, daß es dem internationalen Einfluß in Washington gelingen werde, McKinley zu einem Verzicht auf die Unabhängigkeitserklärung Kubas zu bestimmen, falls Spanien der Insel eine wirkliche Autonomie zugestehen würde.

London, 31. März. Die Nachricht von der Ermordung des Präsidenten Krüger war bis gestern Abend nicht bestätigt.

London, 31. März. General Miles, der Oberbefehlshaber der nordamerikanischen Armee, beorderte ein Neger-Regiment nach Tortugas und hält drei andere nach Key-West in Bereitschaft. — Das „Newyorker Journal“ meldet aus Washington: Es verlautet dort, die amerikanische Regierung habe von Dänemark dessen westindische Besitzungen und fünf große Schiffe für 15 Millionen Dollars angekauft. Gestern fand ein Kabinetsrath im Beisein Curzons über China statt.

„Daily mail“ meldet aus Yokohama, daß drei englische Kreuzer den Hafen von Chemoulpo verlassen haben und nach einer unbekannten Richtung abgefahren sind.

London, 31. März. „Daily graphic“ sagt, daß die Unterhandlungen zwischen England und China den Zweck haben, die Aufrechterhaltung der Handelsrechte Englands in den Territorien, welche von China an Rußland abgetreten sind, zu wahren. Die englische Regierung habe die Frage aufgeworfen, ob Rußland geneigt sei, in Port Arthur und Talienwan die Rechte Englands anzuerkennen. Das Blatt sagt, daß England es gern sehe, wenn Rußland Englands Rechte förmlich anerkenne. Für Talienwan werde es wohl keine Schwierigkeiten haben, wohl aber für Port Arthur.

Newyork, 31. März. Der amerikanische Bischof Hartzell, welcher soeben aus Afrika zurückgekehrt ist, erklärt, ein deutsches Kanonenboot sei vor einiger vor Monrovia (Negerrepublik Liberia) erschienen und habe 13 500 Dollars für die Niederbrennung einer deutschen Plantage verlangt. Als dies verweigert wurde, habe der deutsche Kapitän gefordert, daß Liberia sich unter deutsches Protektorat stellen solle. Gegen weitere Schritte des Kapitäns habe der französische Geschäftsträger protestirt. Der Bischof erklärte weiter, der Präsident der Republik Liberia habe ihn veranlaßt, in London und Washington für die Erhaltung der Selbstständigkeit des Landes zu wirken. Der französische Geschäftsträger sei übrigens deshalb dazwischen getreten, um Frankreich das Protektorat zu sichern.

Washington, 31. März. Gerüchtweise verlautet, daß McKinley die Zurückberufung der spanischen Truppen von Kuba und die Ausrufung der Unabhängigkeit Kubas verlangt hätte und daß Spanien diese Forderung unter gewissen Bedingungen bewilligt hätte.